

Februar 2007

Pressemonitoring der türkischen Printmedien

Deutsche Integrationspolitik im Spiegel türkischer Medien

Demonstration für doppelte Staatsbürgerschaft

Berichte vom 01.02.2007

MILLIYET, **HÜRRIYET** und **TÜRKIYE** berichten über eine Demonstration für die doppelte Staatsbürgerschaft. Diese Debatte kocht in unregelmäßigen Abständen immer wieder hoch. Nach Angaben von **MILLIYET** nahmen an der Demonstration auch die Bundestagsabgeordneten der Linken Sevim Dagdelen und Prof. Hakki Keskin teil. In der **TÜRKIYE** findet sich ein Bild im Artikel auf der Titelseite, in dem ein Demonstrant abgebildet wird, der ein Plakat mit der folgenden Aufschrift trägt: „Wir haben gearbeitet, sind gealtert, wurden ausgegrenzt“. Der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft dürfe nicht der Lohn für die jahrelange harte Arbeit sein, lässt **TÜRKIYE** Demonstranten zu Wort kommen. Seit dem Jahr 2000 gilt ein Gesetz, nach dem eingebürgerte Zuwanderer ihren deutschen Pass verlieren, wenn sie wieder ihre alte Staatsbürgerschaft annehmen. Schätzungsweise sind bundesweit von dieser Regelung bis zu 50.000 eingebürgerte Türken betroffen.

Berliner Einbürgerungsbehörde fordert die Einwilligung zur Ermittlung der ethnischen Herkunft

Bericht vom 01.02.2007

HÜRRIYET titelt mit der Frage „Gibt es eine gefährliche Rasse?“ auf der Titelseite aufgrund einer von der Berliner Einbürgerungsbehörde verlangten Erlaubnis der Ermittlung der ethnischen Herkunft von Einbürgerungswilligen. Taciddin Yatkin, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Berlin, reagierte gereizt und bezeichnete die Forderung als inakzeptabel und verfassungswidrig. Solche Handlungsweisen heizten den Rassismus an. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat bezeichnete die Forderung der Einbürgerungsbehörde nach Ermittlung der ethnischen Herkunft als ‚Skandal‘. Er versicherte, dass die Verbände die ‚unangebrachte‘ Ermittlung nicht dulden würden und forderte deren Absetzung.

Bericht vom 02.02.2007

„Diejenigen, die nach der Rasse fragen, sollen sich die Geschichte anschauen“: **HÜRRIYET** zitiert in der Schlagzeile auf der Titelseite Emine Demirbüken-Wegner. „In der heutigen Zeit sollten ethnische Befragungen der Geschichte angehören. Sie stellen nicht nur für die Zuwanderer, sondern auch für Deutsche eine Beunruhigung dar. Denn in der Geschichte führten derlei Befragungen zu schlimmen Ereignissen“, wird Demirbüken zitiert. Weiter fordert sie die sofortige Aufhebung der Regelung. Unterstützung widerfährt ihr von dem grünen Berliner Senatsmitglied Özcan Mutlu. Er habe die Angelegenheit bereits in den Landtag getragen.

Bericht vom 08.02.2007

„Jetzt wird der Rassen-Absatz gestrichen“ so lautet eine Überschrift auf der Titelseite der **HÜRRIYET**. Die deutsche Presse sei durch einen Bericht in der **HÜRRIYET** auf den Sachverhalt aufmerksam geworden. Der Spiegel hätte angekündigt, dass der Absatz aufgrund der Kritik von türkischer Seite gestrichen werden würde.

Bericht vom 21.02.2007

HÜRRIYET verbucht die Absetzung des Paragraphen als eigenen Erfolg und titelt „Und der rassistische Paragraph ist Geschichte“. lautet eine Schlagzeile auf der Titelseite der **HÜRRIYET**. Weiter wird der Berliner Abgeordnete Özcan Mutlu zitiert, der das Thema im Senat auf die Tagesordnung gesetzt hat: „Die Ermittlung der Rasse hat einen Schatten auf Deutschland geworfen. Die Einbürgerungswilligen können nun aufatmen und werden sich nicht mehr diskriminiert fühlen.“

Schäuble auf der UETD-Veranstaltung ‚Integration – Chance für Deutschland‘

Bericht vom 02.02.2007

„Zusammenarbeit gegen den Terror“: So titelt die **TÜRKIYE** über dem Bericht des Schäuble-Besuchs bei der Union Europäisch-türkischer Demokraten. Schäuble stellte die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus in den Mittelpunkt: „Wir müssen alle zusammen gegen den Terror und gegen diejenigen, die ihn unterstützen, ankämpfen“ wird er von **TÜRKIYE** zitiert. Die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall lehnte Schäuble ab.

Ein weiterer Artikel findet sich auf den Europaseiten der **TÜRKIYE** mit der Schlagzeile „Das A und O ist Deutsch“. Der Schlüssel zur Integration sei das Beherrschen der deutschen Sprache, so wird Schäuble sinngemäß zitiert. Er rief auf der UETD-Veranstaltung dazu auf, in den Familien Deutsch zu sprechen. „Wählt die Braut und den Bräutigam aus Deutschland“ zitiert **MILLIYET** in Schlagzeile auf ihrer Titelseite den Bundesinnenminister Schäuble (CDU) aus seinem Aufruf an heiratswillige Türken aus Deutschland.

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Berichte vom 05.02.2007

In **MILLIYET** und **HÜRRIYET** wird über die Aussage von Frau Petra Roth (CDU), Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, berichtet, nach der sie ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene fordert.

Bericht vom 06.02.2007

EVRENSEL titelt einen Tag später „Roth: Zuwanderern sollte kommunales Wahlrecht gewährt werden“.

Berichte vom 07.02.2007

„Oberbürgermeisterin Roth ist zur ‚Hoffnung‘ geworden“. **MILLIYET** berichtet, dass der Vorstoß in der deutschen Presse als positives Signal an Ausländer gewertet wurde. Während die **ZAMAN**-Schlagzeile „Deutschland debattiert über ‚Wahlrecht für Ausländer“ auf der Titelseite eröffnet.

Bericht vom 09.02.2007

„Die Kommunen sind für die Erteilung des Wahlrechts an Ausländer“: In der Schlagzeile auf der Titelseite der **ZAMAN** wird der Landesvorsitzende des Deutsch-Türkischen Forums der CDU, Bülent Arslan, zitiert. Die Bürgermeister von Deutschlands Großstädten seien für die Erteilung des kommunalen Wahlrechts an Ausländer, so Arslan.

Bericht vom 12.02.2007

Die Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD-Fraktion, Hannelore Kraft, unterstützt die Forderung von Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth berichtet **MILLIYET**.

Bericht vom 14.02.2007

MILLIYET titelt zum Kommunalwahlrecht für Ausländer „Forderungen nach Wahlrecht sollten keine leeren Worte bleiben“. Nach Berichten von Miliyet werden die türkischen Verbände die Angelegenheit verfolgen.

„Absage an den Verschärfungsvorschlag“

Bericht vom 05.02.2007

So titelt die **EVRENSEL**. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat den Gesetzesentwurf von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) für die Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts abgelehnt. Verfassungsrechtliche Bedenken äußerte sie gegenüber dem Vorschlag Schäubles, den Nachzug ausländischer Ehegatten von den im Herkunftsland erworbenen Deutschkenntnissen abhängig zu machen.

Kritik an Schäubles Äußerungen zur steigenden Zahl der Islam-Konvertiten

Berichte vom 07.02.2007

HÜRRIYET schreibt in der Schlagzeile „Kritik an Minister Schäuble“ auf der Europaseite. Die Zeitung berichtet über verschiedene kritische Äußerungen zum Beispiel vom Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat, der Schäuble vorwarf, seine eigene Islamkonferenz zu torpedieren. „Schäuble diskriminiert Zuwanderer. Ständig eine negative Atmosphäre zu schaffen, hilft niemandem weiter“, so Kolat. Ali Kizilkaya, Vorsitzender des Islamrats, sage, er könne die Äußerungen Schäubles nicht nachvollziehen. Bodo Ramelow, Vizechef der Linksfraktion im Bundestag, warf Schäuble vor, bewusst Angst vor dem Islam zu schüren.

ZAMAN zitiert Aiman Mazyek, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, in seiner Kritik an den Äußerungen Schäubles: „Ich habe den Eindruck, dass in Sachen Islam jede Woche eine neu Sau durchs Dorf getrieben wird.“

NRW führt Sprachtests für Vierjährige ein

Berichte vom 13.02.2007

MILLIYET und **ZAMAN** berichten über die Einführung von Sprachtests für vierjährige Kinder in Nordrhein-Westfalen ab März 2007. **ZAMAN** schreibt explizit, dass der Deutschtest für alle Kinder und somit nicht nur für Zuwandererkinder verpflichtend sei.

Bericht vom 14.02.2007

TÜRKIYE berichtet über die Einführung der Sprachtests. Es betreffe 175,000 Kinder.

„Merkel: Wer die Sprache nicht beherrscht, verpasst Chancen“

Bericht vom 14.02.2007

TÜRKIYE berichtet unter dieser Schlagzeile über eine Veranstaltung der Philip-Breuel-Stiftung in Hamburg auf der Bundeskanzlerin Angela Merken (CDU) in ihrer Rede darauf hingewiesen hat, dass Kinder aus Zuwandererfamilien

aufgrund von sprachlichen Defiziten nicht die gleichen Chancen wie Kinder aus deutschen Familien haben.

„Die Partner lernen erst Deutsch, bevor sie nach Deutschland kommen“

Bericht vom 14.02.2007

Auf den Europaseiten zitiert **MILLIYET** die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU). Die CDU bestehe darauf, die Altersgrenze der Familienzusammenführung für Ehepartner von 18 auf 21 anzuheben. Weiter soll der Ehepartner bereits in der Türkei Deutschkenntnisse erwerben.

Türkischunterricht an Schulen

Bericht vom 22.02.2007

„Geben wir Türkisch-Unterricht in den Schulen“: **HÜRRIYET** zitiert in der Schlagzeile den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) der sich gegen ein Türkisch-Verbot ausgesprochen hat. Der Türkisch-Unterricht solle in der Schule stattfinden. „Wenn wir von Integration sprechen, wollen wir nicht dass die Ausländer sich von ihren Wurzeln und ihrer Kultur lösen – sie sollen beides bewahren. Das gilt auch für Türkischstämmige. Die Sprache ist sehr wichtig bei der Wahrung der Identität. Deswegen trete ich für Türkisch- und Islamunterricht in deutschen Schulen ein“, so zitiert **HÜRRIYET** Lammert.

Bericht vom 23.02.2007

HÜRRIYET bringt die Forderung von türkischen Vereinen in Deutschland auf den Punkt und titelt folgendermaßen: „Türkisch soll zur zweiten Sprache in der Schule werden“. Die Vereine Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD), Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED), Bund der Türkischen Lehrervereine in Deutschland (ATÖF) und Bundesverband Türkischer Studierendenvereine (BTS) riefen eine gemeinsame Initiative in Berlin für die Aufnahme der türkischen Sprache als zweite Sprache im deutschen Schulwesen ins Leben.

Neufassung des Ausländerrechts

Bericht vom 23.02.2007

HÜRRIYET berichtet über die Ablehnung der Neufassung des Bleiberechts für langjährig Geduldete des bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU). Beckstein sagte, dass das Prinzip „Erst Arbeit, dann Aufenthaltsrecht“ gelten müsse, um Zuwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern.

Berichte vom 27.02.2007

EVRENSEL schreibt, dass künftig ‚Integrationsfeinde‘ abgeschoben werden sollen und Jugendlichen die Einbürgerung erschwert wird. Pro Asyl, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Türkische Gemeinde in Deutschland kritisierten die Pläne zur Verschärfung des Ausländerrechts heftig. Auf der Europaseite wird der Artikel unter dem Titel „Zuwanderer werden bestraft anstatt gefördert“ fortgesetzt während die **TÜRKIYE** mit „Integrationsprahlerei für Zuwanderer“ titelt. Es sei der Zeitung unverständlich, warum die positiven Signale des Integrationsgipfels konterkariert werden. Zwischenüberschriften lauten zum Beispiel: „Kolatz: Mit Prügel erreicht man keine Integration“ oder „Anti-Integrationsgesetz!“. Die **HÜRRIYET** titelt „Entweder ihr integriert euch, oder ihr geht“. „Regierung versetzt der Integration einen Schlag“ schreibt **MILLIYET** auf den Europaseiten. In ähnlicher Art und Weise stellt die **ZAMAN** fest: „In Deutschland werden die ‚Nichtintegrierten‘ abgeschoben“.

Berichte vom 28.02.2007

Die Empörung setzt sich auch am 28.02.2007 fort. **EVRENSEL** schreibt vom „Zuwanderungsverhinderungsgesetz“. **TÜRKIYE** kommentiert in der Schlagzeile: „Der neue Entwurf ist ein Schlag gegen die Integration“. Darüber steht die eindeutige Aussage: „Nein zur Verschärfung des Ausländerrechts“ – so die Zeile über der Schlagzeile. Beide Zeitungen zitieren verschiedene Kritiker der Neufassung des Ausländerrechts.

Debatte über die EU-Mitgliedschaft der Türkei

„Wir sind auf die Türken angewiesen“

Bericht vom 21.02.2007

Der Titel in der **TÜRKIYE** gibt die Aussage des ehemaligen EU-Botschafters Albert Maes auf einem Seminar mit dem Titel „Die EU verstehen“ in Brüssel wieder. Albert Maes stellte fest, dass Europa in Fragen von Frieden und Sicherheit auf die Türkei angewiesen sei. Weiter wird der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, René van der Linden, zitiert: „Wir müssen unser Versprechen halten“. Er plädiert in seiner Rede für die Einhaltung des Versprechens, das die EU Nordzypern gegeben hat und fordert die Aufhebung der Isolation.